

Integration - wie machen wir aus dem Verschiedenen ein Gemeinsames?

Eine Predigt

„Denn der HERR, euer Gott, ist ein Gott aller Götter und HERR über alle Herren, ein großer Gott, mächtig und schrecklich, der keine Person achtet und kein Geschenk nimmt und schafft Recht den Waisen und Witwen und hat die Fremdlinge lieb, dass er ihnen Speise und Kleider gebe. Darum sollt ihr auch die Fremdlinge lieben; denn ihr seid auch Fremdlinge gewesen in Ägyptenland.“ (5. Moses 10)

Die evangelische Philippusgemeinde im schönen Frankfurter Stadtteil Riederwald hat die Frage „Wie machen wir aus dem Verschiedenen ein Gemeinsames?“ als Motto über eine Reihe von Dialog-Gottesdiensten in der Fastenzeit 2019 gestellt. Die Philippusgemeinde ist eine Gemeinde, die gerade in den letzten Jahren viel für die Unterstützung von Flüchtlingen und deren Integration geleistet hat. Sie weiß aus ihrem Umfeld, dass dies Konfliktstoff bergen kann. Ich freue mich, dass ich eingeladen wurde, aus meiner persönlichen Sicht einige Anmerkungen zum Thema zu machen.

Das Gebot der Offenheit und Solidarität gegenüber Fremden steht im Alten Testament an zentraler Stelle. Es ist gerichtet an das Volk Israel in wiedergewonnener Stärke und in Erwartung der baldigen Rückkehr ins verheißene Land. Dieses Gebot gibt uns aber keinen Hinweis, ob und wie Integration von Fremden erfolgen soll. Es ist ein Gebot der Solidarität über Grenzen der Zugehörigkeit hinweg. Aber es steht doch im Kontext der Bestätigung einer starken und exklusiven Zugehörigkeit zum ausgewählten Volk Israel, das gerade unter der Führung von Moses dabei war, ein eigenes Land zu gewinnen, nicht nur mit friedlichen Mitteln, wie uns das Alte Testament ebenfalls berichtet.

Wir müssen uns heute eigene Gedanken machen darüber, wie wir mit den Fremden, mit Immigration und Verschiedenheit umgehen. Es ist ein Thema, das die Gesellschaft zusammenführen kann, wie wir vor nicht allzu langer Zeit im Rahmen der Flüchtlingskrise erleben konnten, als es in den Städten breite Wellen der Solidarität, des ehrenamtlichen Engagements und der Liebe zu den „Fremdlingen“ gab. Wir mussten allerdings auch lernen, dass das Thema die Gesellschaft polarisieren und auseinandertreiben kann, wie wir nicht nur im Zusammenhang mit den hässlichen Ereignissen in Chemnitz im Sommer letzten Jahres erfahren haben, sondern auch an den Ergebnissen der letzten Wahlen mit hoher Zustimmung zu immigrationskritischen Parteien und einem sich vielfältig ausdrückenden Unbehagen am Zustand und der aktuellen Entwicklung der Gesellschaft.

Das Thema Immigration polarisiert allerdings auch deshalb, weil wir uns allzu sehr an einen polarisierenden Diskurs gewöhnt haben. Hier die „Weltoffenen“, die sich zu einer vielfältigen und bunten Gesellschaft bekennen und weitere und zunehmende Immigration als alternativlos ansehen. Dort die rückwärtsgewandten „Fremdenfeindlichen“, die Immigration und eine immer größere Heterogenität der Gesellschaft nicht automatisch für einen Vorzug halten und in einer ungesteuerten Immigration auch Gefahren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sehen.

So gesehen, konnte man auch das Motto der „Interkulturellen Wochen“ der Kirchen im Jahr 2017 „Vielfalt statt Einfalt“ durchaus als Teil des polarisierenden Diskurses lesen. Wer „Vielfalt“ nicht ohne Vorbehalte und weitere Differenzierung begrüßt, steht nicht nur auf der falschen Seite, sondern ist letzten Endes einfältig, so die Botschaft.

Ich glaube, wir sollten aus den gesellschaftlichen Verhärtungen der letzten Jahre lernen, dass eine moralisierende Herangehensweise für die Themen von Immigration und Integration nicht geeignet ist. So sehr es geboten ist, die „Fremdlinge“ zu lieben, so gerechtfertigt ist die Frage, wieviel Fremdheit eine Gesellschaft verträgt und welches die Voraussetzungen dafür sind, dass, wie die Philippusgemeinde es formuliert hat, „aus dem Verschiedenen ein Gemeinsames“ wird. Was Not tut ist eine „Sprache der Mitte“, wie es der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmannsegg in der FAZ vom 4. Februar 2019 formuliert hat, eine Sprache, die nicht immer schon vorentschieden hat, was moralisch richtig oder falsch ist, die offen ist für Fakten, für Abwägung und Reflektion, durchaus auch für Streit, aber einen wirklich demokratischen Streit, in dem man der jeweils anderen Seite nicht von vorneherein die moralische Legitimität und den Willen zu guten Problemlösungen für die Gesellschaft abspricht.

Es muss sachlich diskutiert werden können, wie Fluchtbewegungen und Zuwanderung bewältigt und gesteuert werden können, wieviel und welche Zuwanderung die Gesellschaft angesichts ihrer bekannten demographischen Probleme einer zunehmenden Überalterung braucht und, nicht zuletzt, wie die Interessen der neu Angekommenen mit den Interessen der bereits hier lebenden auf dem Wohnungsmarkt, auf dem Arbeitsmarkt und im öffentlichen Leben zu einem guten Ausgleich gebracht werden können.

Wie machen wir aus dem Verschiedenen ein Gemeinsames? Ich will mich dem mir aufgegebenen Thema aus dem Blickwinkel einer Stadtverwaltung nähern. Denn das ist mein beruflicher Hintergrund und hier habe ich meine Erfahrungen gesammelt.

Die Städte sind im Hinblick auf Integration besonders wichtig, sind sie doch, wie uns Daten zu Wanderungsbewegungen weltweit zeigen, die Orte, in denen sich Zuwanderung konzentriert, die damit verbundenen Herausforderungen sichtbar werden, aber aller Erfahrungen nach auch ein besonderes Potential für soziale Innovation und Problemlösungen vorhanden ist.

Dieses besondere Potential, Vielfältiges und Fremdes zu integrieren verdanken die Städte paradoxerweise der Tatsache, dass sie nicht so sehr auf Gemeinschaft, sondern auf abstrakte Vergesellschaftungsmechanismen wie den Geldverkehr, formale Institutionen und eine allgegenwärtige Zeitdisziplin beruhen, wie der Soziologe Georg Simmel schon Anfang des letzten Jahrhunderts betont hat. Die Städte können, so gesehen, gerade deshalb mit Fremdheit umgehen, weil sie darauf verzichten, sich auf Gemeinsames zu beziehen und es zulassen, dass die Menschen in einem gewissen Maß einander gleichgültig sind und aneinander vorbeileben, ohne dass das soziale System zusammenbricht. Stadt ist gewissermaßen unkontrollierte Vielfalt.

Die Entwicklung scheint darauf hinauszulaufen, dass sich die Gesellschaft nicht nur, aber vor allem in den Städten immer weiter ausdifferenziert. Damit bilden sich immer unüberschaubarere Verhältnisse von Gruppen heraus, die alle um Wahrnehmung, Anerkennung im öffentlichen Raum und nicht zuletzt auch um Ressourcen konkurrieren. Stadtforscher sprechen inzwischen von „Hyperdiversität“, einer Vielfalt von Vielfalten. Etwas, das nicht nur Kommunalpolitikern zunehmend Sorgen macht, denn ihre klassische Aufgabe der Bündelung von Interessen und der Herausarbeitung von Gemeinwohlzielen wird damit immer schwieriger. Immigration ist keineswegs die alleinige Ursache, aber sie ist ein wichtiger Treiber dieser Entwicklung und ihr sichtbarster Ausdruck.

Die Anonymität der Stadt, die Entfremdung der Lebensverhältnisse, die Unüberschaubarkeit und ihre für den Einzelnen oft gefährliche Dynamik waren aber auch immer Ansatzpunkte der sozialen Kritik. Die Funktionalität sozialer Differenzierung und abstrakter Vergesellschaftung lagen in den Städten selten weit von sozialer Pathologie und gesellschaftlichem Zerfall. Für das Leben in den Städten war

es deshalb immer wichtig, dass sich Gemeinschaften bilden, Quartiere bestehen, in denen die Menschen Heimat und sozialen Zusammenhalt finden und sich damit ein Gegengewicht gegen die Anonymität und das Tempo der Stadt erhält.

Insofern geht es um die Balance von urbaner Dynamik und dem sozialen Kitt von überschaubaren Gemeinschaften mit ähnlichen Werthaltungen und Interessen. Diese Balance zu erhalten und, wo sie verloren gegangen ist, wiederzugewinnen, ist eine Herausforderung, die sich immer wieder neu stellt. Sie ist Kern der sozialen Entwicklungsarbeit in der Kommune.

Wie machen wir aus Verschiedenem ein Gemeinsames?

Ich möchte meine Gedanken dazu in vier Thesen bündeln.

These 1 Gemeinsames entsteht in der Begegnung der Menschen untereinander.

Dafür braucht es Orte. Das ist zum Beispiel der Betrieb. Arbeit ist nicht nur Erwerbsquelle, sondern schafft auch soziale Erfahrungen und macht Menschen, die arbeiten zu Mitgliedern von Gemeinschaften. Deshalb ist die Integration in Erwerbsarbeit und die Teilhabe an Arbeit ein wichtiger Motor für Integration

Das Quartier ist ein weiterer wichtiger Ort, wo Gemeinsames entstehen kann. Aus dem Gesichtspunkt der Integration ist wichtig, sozial und ethnisch gemischte Quartiere zu erhalten. Nur dann können wir die Entstehung von Parallelgesellschaften vermeiden und eine Grundlage für soziale Lernprozesse in der Gesellschaft erhalten, in denen Menschen in verschiedenen Lebenslagen und verschiedener Herkunft sich wahrnehmen, sich erkennen und voneinander lernen können.

Schule und Kindergärten sind ebenfalls wichtige Orte für Begegnung. Das Interesse an Kindern ist universell. In Elterngruppen und Elternabenden treffen Familien mit unterschiedlichen Erfahrungen, Lebensverhältnissen und Wertvorstellungen aufeinander. Das kann auch ein Ort der Begegnung der Verschiedenen sein, aus dem Gemeinsames entsteht. Das muss nicht so sein. Aber es ist eine Chance, die diese Institutionen bieten und die man klug nutzen sollte.

Schließlich entsteht Gemeinsames immer dort, wo man gemeinsame Interessen erkennt und sie zusammen wahrnimmt. Ob es um Verkehrsberuhigung im Quartier geht, die bessere Ausstattung einer Schule oder der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen im Betrieb, die Erfahrung mit anderen bei einem Anliegen an einem Strang zu ziehen, kann Gemeinsamkeit schaffen, die den konkreten Anlass überdauert.

Für eine Kommune ist es auch aus diesem Grund wichtig, in Zeiten zunehmender Unübersichtlichkeit und Vielfalt über die Formen der lokalen Demokratie nachzudenken, darüber wie Menschen für Anliegen des Gemeinwesens erreicht und für die gemeinsame Artikulation von Interessen gewonnen werden können.

These 2: Das Gemeinsame entsteht als wechselseitiger Lernprozess

Lange Zeit hatte man „Integration“ als Prozess der allmählichen Übernahme von Verhaltensmustern, Gewohnheiten und Denkweisen der Aufnahmegesellschaft durch Zuwanderer verstanden, also als „Assimilation“. Das entsprach den Erfahrungen und Vorstellungen der klassischen Einwanderungsgesellschaften wie den USA, die sich als „Schmelztiegel“ der verschiedensten Kulturen verstanden. Ob und inwieweit Integration stattgefunden hat, maß man an dem Grad der Angleichung der Verhaltensweisen der Zuwanderer an die Normen der Aufnahmegesellschaft.

Dem gegenüber geht die Idee der multikulturellen Gesellschaft davon aus, dass eine solche Angleichung von kulturellen Normen unrealistisch und auch gar nicht wünschenswert ist. Vielmehr sei der

Eigenwert der verschiedenen Kulturen anzuerkennen. Ein Recht der Aufnahmegesellschaft auf Übernahme der vorhandenen Werte und Verhaltensweisen durch Zuwanderer gebe es nicht. Anzustreben sei vielmehr eine so weit wie möglich friedliche Koexistenz der Kulturen auf der Basis ihrer Gleichwertigkeit und des wechselseitigen Respekts. Gesellschaften, die in Einwanderungsfragen besonders liberal und offen waren, etwa Großbritannien und die Niederlande, haben den verschiedenen Zuwanderergruppen in der Tat einen großen Spielraum für die Beibehaltung der hergebrachten Kulturen eingeräumt. Oft war das verbunden mit der Zulassung stark segregierter Wohnviertel, in denen die verschiedenen Gruppen mehr oder weniger unter sich blieben. Die Entstehung von Parallelgesellschaften, die sich von der Aufnahmegesellschaft und ihren Normen abgrenzten war oft ein Nebeneffekt dieser liberalen Politik, der allerdings lange Zeit in seiner Problematik für die Gesellschaft nur wenig beachtet wurde.

Inzwischen weiß man, dass die Vorstellung von Integration als Assimilation in ihrer konsequenten Variante in Widerspruch zu den Werten einer offenen Gesellschaft und ihren Freiheitsrechten treten kann und dass sie letzten Endes auch unrealistisch ist. Auch in den klassischen Einwanderungsländern haben sich Subkulturen der Einwanderer über Generationen hinweg erhalten. Man weiß allerdings auch, dass die Idee der multikulturellen Gesellschaft den Realitätstest langfristig nicht bestanden hat. Wie zum Beispiel der niederländische Migrationsforscher Ruud Koopmans anhand von vielen Daten gezeigt hat, entwickeln sich Bildungs- und Arbeitsmarktchancen von Zuwanderern deutlich schlechter, wenn man auf schnelles Erlernen der Sprache der Aufnahmegesellschaft und die Übernahmen zumindest einiger zentraler Normen verzichtet. Liberalität entpuppt sich als Gleichgültigkeit. Für die Aufnahmegesellschaft schließlich wäre eine kriterienlose Akzeptanz von Kulturen und Lebensformen der Zuwanderer auf Dauer mit der Gefahr der Auflösung ihres Zusammenhalts verbunden.

Anerkennung von Verschiedenheit und das Hinwirken auf Gemeinsamkeit müssen sich nicht ausschließen. Auch die Forderung nach einem gewissen Maß von Anpassung an Gebräuche und Vorstellungen der Aufnahmegesellschaft steht nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen einer liberalen und offenen Gesellschaft. Man wäre unehrlich, wenn man suggeriert, dass Integration ohne Anpassung funktionieren könnte.

Letzten Endes aber entsteht Gemeinsames am ehesten, wenn man sich auf einen wechselseitigen Lernprozess einlässt. Integration ist nicht einfach und verlangt sicher mehr von denen ab, die ankommen. Aber auch die Aufnahmegesellschaft kann nur gewinnen, wenn sie neugierig darauf ist, was die neu Ankommenden mitbringen und was davon bereichernd auch für die Gestaltung des eigenen Lebens sein kann.

Dieser Lernprozess kann sich überall abspielen, auf der Straße, im Betrieb, in Elternabenden, bei Stadtfesten, in der lokalen Politik. Er erfordert allerdings auf allen Seiten einen offenen Geist und die Bereitschaft für Neues.

These 3: Das Gemeinsame entsteht auch im Konflikt

Es ist ein Fehler, in der Zuwanderungsdiskussion Positionen zu moralisieren und damit einer offenen Diskussion zu entziehen. Moralisation führt dazu, dass bestimmte Positionen, etwa die der Skepsis gegenüber Einwanderung, als illegitim markiert werden. Der vorhandene Konflikt wird damit unter den Teppich gekehrt. Man darf sich nicht wundern, wenn Menschen, die sich auf diese Weise aus dem öffentlichen Diskurs ausgegrenzt fühlen, sich auf Wegen wieder Gehör verschaffen, die man als nicht besonders produktiv ansehen mag, zum Beispiel mit dem Votum für populistische Parteien.

Besser scheint mir, den Konflikt auch in Grundsatzfragen zuzulassen. Ein offener Streit ist besser als ein untergründig schwelender Konflikt – wenn die Spielregeln des demokratischen Meinungsstreits

eingehalten werden und die Streitparteien sich wechselseitig als legitime Träger von Interessen respektieren.

Der bereits zitierte Soziologe Georg Simmel hat bereits sehr früh erkannt, dass der Streit trennt, aber auch verbindet. So gesehen, kann das Gemeinsame auch dadurch entstehen, dass man Verschiedenheit offen und ehrlich benennt, sich darüber auseinandersetzt und auch wenn man sich nicht einig wird, doch Regeln entwickelt und einübt, mit unterschiedlichen Positionen in einem gemeinsamen Prozess umzugehen. Es gibt viele Hinweise darauf, dass offen geführte Konflikte in der Kommune, zum Beispiel über die Baugenehmigung für eine Moschee oder die Höhe ihres Minarettts, mehr zur Integration beitragen als zwanghafter Konsens und das Überspielen von vorhandenen Konflikten.

These 4: Das Gemeinsame entsteht an Orten

Begegnung, Lernen auch Streit – das braucht konkrete Orte, wenn es produktiv und nachhaltig sein soll. Das führt zur Frage, ob und wie der Stadtraum für diese Prozesse einen Rahmen bieten kann oder ob er sie eher verhindert. Ist der öffentliche Raum auf Verweilen und Begegnung angelegt oder ist er nur Transitraum, den man auf dem Weg in den privaten Bereich möglichst schnell wieder verlässt? Wir alle wissen, wie spannend Marktplätze sein können, weil sie in ganz eigener Form Fremdheit und Nähe gleichzeitig zulassen. Die Gestaltung des öffentlichen Raums und seine Nutzung in einer Form, die allen einen Zugang ermöglicht und für alle interessant ist, ist von daher ein wesentlicher Beitrag zur Integration, den Städte leisten können. Auch hier gilt, am besten funktioniert es, wenn die Quartiere gemischt sind und sich auf ihren Plätzen die Wege von Menschen in ihrer ganzen Verschiedenheit kreuzen. Wo man sich nur untereinander in bestimmten Milieus trifft, gibt es Gemeinsames nur in der Partikularität, nicht als Integration des Verschiedenen.

Darüber hinaus aber ist wichtig, ganz konkrete Orte zu schaffen, in denen Begegnung möglich ist. Früher hatte man dafür Bürgerhäuser geschaffen. Auch heute sind das wichtige Einrichtungen. Es ist wichtig, sie auch in Zeiten finanzieller Knappheit zu bewahren. Allerdings muss man immer wieder kritisch hinterfragen, ob und inwieweit diese Einrichtungen ihren Zweck, Ort für Begegnung zu sein, wirklich erfüllen, oder ob sie nur Spielstätten für beliebige Programme sind, die man in privaten Einrichtungen günstiger anbieten könnte.

Heute können kleine Quartierszentren Orte der Begegnung sein, wenn sie gut geführt sind und dafür sorgen, dass sich wirklich Verschiedene begegnen und nicht nur bestimmte Gruppen untereinander bleiben.

Kitas können, wie wir wissen, sehr erfolgreich zu Familienzentren weiterentwickelt werden, in denen die Familien der Kinder eine Anlaufstelle für ihre Anliegen bekommen und miteinander ins Gespräch kommen können. Auch Schulen können ihre Räume ins Quartier öffnen. In Offenbach haben wir im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ Brennpunktschulen so ausgebaut und weiterentwickelt, dass sie in einem gewissen Umfang eine Funktion für das Quartier über das Schulische hinaus wahrnehmen können. Die Schulcafeteria zum Beispiel wurde zum multifunktionellen Veranstaltungsraum, der auch von Familien aus dem Quartier genutzt werden kann. Der Schulhof wurde zur Fläche, die auch den Anwohnern außerhalb der Schulzeiten offensteht.

Allerdings schaffen Räume als solche noch keine Begegnung die aus Verschiedenem Gemeinsames macht. Dazu braucht es stets ein umsichtiges Management dieser Räume. Sonst kann es geschehen, dass diese Räume einfach von bestimmten Gruppen in Beschlag genommen werden und eine gruppenübergreifende Begegnung gerade nicht stattfindet.

Wenn man Integration als Teil der sozialen Entwicklung in einer Kommune begreift, muss man oft sehr kleinteilig denken und handeln. So haben wir uns in Offenbach im Rahmen unseres Quartiersmanagements darum bemüht, dass Familien verschiedener Herkunft und Kulturen ihre Kinder wechselseitig in ihre Wohnungen einladen. Wir wussten, dass es gegen dieses Überschreiten der Schwelle des Privaten viele Vorbehalte gab. Aber es kann interkulturelle Lernprozesse stimulieren und Vertrauen schaffen. Wir haben deshalb ein kleines Programm aufgelegt, mit dem wir Feiern von Kindergeburtstagen in Familien mit einem (sehr) kleinen Zuschuss fördern, wenn dort Kinder quer zu den Kulturkreisen und Nationalitäten eingeladen werden.

Schlussbemerkung

Wie kann aus Verschiedenem Gemeinsames entstehen? Es gibt dafür kein Patentrezept. Vielleicht wird auch bei gutem Willen aller nicht so viel Gemeinsames entstehen, wie wir uns das wünschen. Städte zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie Gemeinschaften im engen Sinne überwinden und Fremdheit als normal, nicht als pathologischen Ausnahmezustand zulassen. Das ist ein Stück städtischer Zivilisation, das zu erhalten ist. Aber es gibt viele Möglichkeiten, den Vorrat an Gemeinsamem zu erhalten und auszubauen.

Vieles spricht im Augenblick dafür, dass die Kräfte, die das Verschiedene in den Vordergrund rücken und das Gemeinsame vernachlässigen, stärker sind als die Kräfte, die auf das Gemeinsame und das Gemeinwohl konzentrieren. Eine ausufernde Minderheits- und Identitätspolitik birgt Risiken für den Zusammenhalt des Gemeinwesens. Vielfalt in der Gesellschaft kann zentrifugale Kräfte auslösen. Wichtig ist, dass es dazu immer auch die Gegenkraft gibt, die das Gemeinsame stärkt und akzentuiert. Das Pendel sollte wieder etwas zurück gelenkt werden von einer bedingungslosen und kaum hinterfragten Befürwortung von „Vielfalt“ hin zur Verbindlichkeit von Grundwerten und zur Ausrichtung am Gemeinwohl. Wenn das gelingt, wird Immigration weniger Irritationen und Ängste auslösen als das zur Zeit der Fall ist.

Wichtig ist Realismus. Zuwanderung bringt nicht nur Vorteile. Sie stellt die Gesellschaft auch vor Herausforderungen. Diese müssen offen benannt werden. Der Streit darüber, wie Integration gelingen kann, wie viel Vielfalt und Andersartigkeit wir dauerhaft akzeptieren müssen und wie viel Anpassung wir erwarten dürfen sollte offen ausgetragen werden. Integration ist nicht nur eine Leistung der neu Ankommenden, sondern auch eine Leistung, die von der Aufnahmegesellschaft zu erbringen ist. Was das im Einzelnen bedeutet, lässt sich nicht theoretisch und schon gar nicht aus einer übergreifenden „Ethik der Migration“ oder ähnlichem ableiten, sondern muss im Dialog im praktischen Leben ermittelt werden, notfalls auch im Streit. Der Blick auf das Gemeinsame sollte dabei aber nicht verloren gehen. Denn nur wenn der Vorrat an Gemeinsamem groß genug ist, kann der Konflikt produktiv sein.

Predigt im Gottesdienst der evangelischen Philippusgemeinde, Frankfurt-Riederwald, am 24. März 2019

Autor:

Dr. Matthias Schulze-Böing ist Leiter des Amtes für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach und Geschäftsführer des Jobcenters MainArbeit in Offenbach.